

## **Rede Joachim Schramm, Kundgebung Entspannungspolitik jetzt, 25.2.22, Düsseldorf**

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren!

„Entspannungspolitik jetzt! Frieden in Europa!“ lautete das Motto unserer Kundgebung heute hier in Düsseldorf, die wegen des Sturms vor einer Woche verschoben wurde. Doch wir haben es ergänzt um die Zeilen: "Angriff auf die Ukraine stoppen! Verhandeln statt schießen!" Denn eine Woche später stehen wir vor der Situation, dass in der Ukraine Krieg herrscht, Russland das Land angegriffen hat. Eine schlimme Entwicklung, die wir als pazifistische Organisation scharf verurteilen. Wir trauern um die Menschen, die durch die Kampfhandlungen auf beiden Seiten gestorben sind, die Soldaten und die Zivilisten, denken an die, die in die Flucht getrieben wurden. Wir sagen an die Adresse der russischen Regierung gerichtet: Stoppt die Angriffe sofort, kehrt zurück an den Verhandlungstisch!

Bei einer kleinen Aktion hier vor einer Woche habe ich gesagt, dass ein Angriff Russlands auf die Ukraine nicht wahrscheinlich sei. Ich habe mich geirrt, wie auch viele Experten, die das nicht für möglich gehalten haben. Leidtragende der Entwicklung sind die Menschen in der Ukraine und in Russland. In der Ukraine leben Menschen mit russischen Wurzeln, in Russland leben Menschen, die Verwandte und Freunde in der Ukraine haben. Einige Menschen in Russland und der Ukraine verweigern sich öffentlich dem Krieg, lehnen den Dienst in den Armeen ab. Ihnen gilt unsere Solidarität. Auch mit den Menschen, die in Russland gegen den Angriff demonstrieren sind wir solidarisch. All diese Menschen in der Ukraine und in Russland haben eine gewaltfreie Lösung des Konflikts verdient, keine Krieg. Die Waffen nieder!

Die Empörung über die Schritte Russlands ist groß in diesen Tagen. Mal ist sie ehrlich, mal ist sie heuchlerisch, weil man den Anteil der NATO an dieser Entwicklung nicht wahrhaben will oder ihn offensiv leugnet. Die ehrliche Empörung teilen wir. Und doch darf sie nicht alles verdrängen, was in den letzten Monaten von mahnenden Stimmen geäußert wurde. Diese Stimmen sind von Gewicht, kommend sie doch von Menschen, die Russland gut kennen und die sich mit Diplomatie und zwischenstaatlichen Krisen gut auskennen: ehemalige Diplomaten, Osteuropa-Korrespondenten, ehemalige und aktive Militärs, Politiker. Sie alle stellen die rechthaberische Position der NATO-Staaten in Frage, dass Russland allein an der Eskalation Schuld sei und die NATO alles richtig gemacht habe, um das Schlimmste zu verhindern. Die mahnenden Stimmen betonen, dass die NATO-Osterweiterung ein Problem für Russland darstelle und verweisen auf die Geschichte.

Im letzten Jahr haben wir an den 80stem Jahrestag des Überfalls der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion erinnert. Dieser Krieg hatte die Vernichtung der Sowjetunion und ihrer Menschen zum Ziel. Auf dem Rückzug hinterließen die Deutschen verbrannte Erde, töteten weiter, zerstörten Häuser, ganze Dörfer, Städte, in Russland, in der Ukraine, in Weißrussland. Wieso will heute ein Mainstream von Politiker, Militärs und Medien bei uns nicht mehr anerkennen, dass dies Spuren im kollektiven Gedächtnis Russlands hinterlassen hat? Warum verdrängt man den Gedanken, dass wir als Deutsche eine Verantwortung für diese Länder haben, für die Ukraine aber eben auch für Russland. Dass uns also eine besondere Rolle zuwächst, uns heute für ein Ende der Kampfhandlungen aber auch für eine friedliche Lösung des grundsätzlichen Konflikts einzusetzen. Denn erschrecken empfinde ich, wie schnell man jetzt dabei ist, wieder eine deutsche Aufrüstung einzufordern, so als wären mehr Waffen die Lösung. In diesen Tagen trat im Fernsehen ein Experte auf, der die Entwicklung Putins in den letzten Jahren analysiert hat. Das Ergebnis war: Putin habe sich zunehmend radikalisiert. Das ist sicherlich eine richtige Beobachtung und es wäre ja interessant zu fragen, was hat zu der Entwicklung geführt von dem Putin, der 2001 im Deutschen Bundestag noch freundlich begrüßt wurde zu dem Putin der heute den Angriff auf die Ukraine ankündigte. Damals im Bundestag

sagte er „Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Großeuropa möglich" Heute, zwanzig Jahre später muss man sagen, man hat diese Hinweise und Vorschläge der russischen Regierung nicht ernst genommen, man hat die Tür zugeschlagen. Erst danach setzte auch die russische Regierung auf neue Aufrüstung und auf die Wahrung eigener Interessen auch mit Militär, wie jetzt aktuell.

In Russland läuft vieles nicht richtig, gibt es vieles zu kritisieren, an erster Stelle jetzt den kriegerischen Angriff auf die Ukraine. Doch man wird keine besseren Bedingungen für die russischen Menschen erreichen, für die Sicherheitssituation in Europa, wenn man das Land und seine Regierung nun zum Feind erklärt, es aus der Zivilen Welt ausgrenzt oder gar militärisch dagegen Front macht.

Bei uns ist man wieder auf einem gefährlichen Weg, dem Militärischen eine zunehmende Bedeutung einzuräumen. Es mehren sich die Stimmen, die jetzt nach Erhöhung des Rüstungsetats rufen und nach neuer Aufrüstung. Das führt nicht zu Frieden und Sicherheit, ganz im Gegenteil. Wie kann es sein, dass Kanzler Scholz in diesen Wochen von Politikern und Medienschaffenden angegriffen wurde, weil er sich an der deutschen Maßgabe orientiert, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern? Wie kann es sein, dass die bisherige zurückhaltende Position der deutschen Regierung - die ja durchaus trotzdem Truppenstationierungen im Baltikum und Teilnahme an NATO-Manövern an der russischen Grenze umfasst - als schwach kritisiert wird? Sind wir schon wieder so weit, dass militärisches Machogehabe als allein selig machend angesehen wird, wie es zu Zeiten Preußens oder bei den Nazis der Fall war? Dem stellen wir uns energisch entgegen!

Anfang Dezember veröffentlichten ehemalige hochrangige deutsche Militärs, Diplomaten, Politiker und Wissenschaftler den Appell "Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland " Die meisten von ihnen sind eher dem konservativen Spektrum zuzuordnen. Doch vor ihrem Erfahrungshintergrund plädierten sie für eine Rückbesinnung auf die erfolgreiche Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre. Sie schlugen unter anderem die Einberufung einer hochrangigen Konferenz vor, die auf der Grundlage der fortbestehenden Gültigkeit der Helsinki-Schlussakte 1975, der Charta von Paris 1990 und der Budapester Vereinbarung von 1994, ohne Vorbedingungen und auf verschiedenen Ebenen über das Ziel einer Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät. Diese Perspektive ist auch jetzt noch eine richtige. Das offensive Angebot zu einer solchen Verhandlungsperspektive verbunden mit der dringlichen Forderung nach Einstellung der Kampfhandlungen könnte ein Schritt aus dieser hoch gefährlichen Situation sein. Dafür setzen wir uns ein!

Frieden und Sicherheit in Europa wird nicht durch Aufrüstung und militärische Konfrontation erreicht. Diese Erfahrung haben wir doch in der Zeit des Kalten Krieges gemacht. Frieden und Sicherheit entsteht durch vertrauensbildende Maßnahmen, durch Verträge, durch Abrüstungsvereinbarungen, nicht durch Aufrüstung und Krieg. „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“. Dieser Satz aus der Grundsatzklärung der Deutschen Friedensgesellschaft gilt auch heute, ihn richten wir auch an die russische Regierung. Wir brauchen eine neue Europäische Sicherheitsarchitektur, die Selbstbestimmung und Sicherheit für die Ukraine bietet, die aber auch Russland nicht außen vorlässt sondern als gleichberechtigten Partner einschließt. Das ist der Weg, wenn man ernsthaft Frieden und Sicherheit in Europa will - dafür sind wir heute hier und werden auch weiter dafür auf die Straße gehen! In den nächsten Tagen und Wochen und hoffentlich ganz groß beim Ostermarsch Mitte April